

# Bürgerschaftliches Engagement achten, schützen und fördern

Michael Frank, [www.michael-frank.eu](http://www.michael-frank.eu) vom 21. Mai 2014

Ich halte es für besonders wichtig für unsere Gesellschaft, wenn Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für andere übernehmen. Die Prinzipien der Freiheit und der Selbstverantwortung sind für unser Gemeinwesen ebenfalls besonders wichtig und letztlich in einer Demokratie auch unerlässlich, damit politische Entscheidungen zum Wohle aller Menschen getroffen werden. Dabei ist die Orientierung von politischem Handeln am Gemeinwohl meines Erachtens besonders wichtig.

Meine Vorstellung von einer Bürgergesellschaft ist, dass jeder Mensch ein im Bedarfsfall durch soziale Umverteilung garantiertes Grundeinkommen erhält, damit auch gesichert werden kann, dass wichtige gesellschaftliche Arbeit im Rahmen eines ehrenamtlichen Engagements überhaupt geleistet werden kann. Vielfach wird bürgernahen, sozialen Tätigkeiten nicht der Stellenwert eingeräumt, der ihnen gebührt. So ist es etwa im organisierten Sport vielfach der Fall, dass besonders wichtige soziale Tätigkeiten insbesondere mit Kindern von Ehrenamtlichen ausgeführt werden, die meist nur eine geringe Aufwandsentschädigung erhalten. Dabei erfordert die gesellschaftliche Arbeit im Sport mit Kindern eine enorm hohe Konzentrationsfähigkeit und eine Reihe von Qualifikationen, die bei weitem nicht jeder aufbringen oder erlernen kann. Sport ist nicht nur für Kinder enorm wichtig, damit ihre Gesundheit intakt bleibt. Es gibt ebenfalls eine ökonomische Komponente des Sports, der durch seine präventiven Eigenschaften geeignet ist, dafür zu sorgen, dass etwa auch das Gesundheitssystem entlastet wird. Deshalb halte ich es weiterhin für den richtigen Weg, dass der Staat ein breitgefächertes Netz an Sportstätten und an Sportinfrastruktur zur Verfügung stellt und für deren Unterhalt und Erhalt sorgt.

Durch unsere garantierten Grundrechte gibt es hierzulande ein hohes Maß an persönlicher Freiheit, allerdings ist die Dimension der Sicherheit bedauerlicherweise oft abhängig von der sozialen Stellung einer Person. Deshalb ist es für mich besonders wichtig, dass die öffentliche Hand in den Bereichen der öffentlichen Sicherheit, der Gesundheit, der sozialen Umverteilung und der Energie die öffentliche Infrastruktur weiterhin ausbaut.

Unsere freiheitliche Rechtsordnung garantiert die Rechte des Individuums auf Meinungsfreiheit, Weltanschauungsfreiheit oder persönliche Handlungsfreiheit, jedoch braucht es für eine lebendige Bürgergesellschaft etwa auch verantwortungsvolles Handeln von Einzelpersonen und einen kritischen und aufgeklärten Diskurs in den Medien. Es muss dafür gesorgt werden, dass Intoleranz, Extremismus und Gewalt der Nährboden entzogen wird. Dafür ist es meiner Ansicht nach besonders wichtig, dass die elementaren Grundbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zweifelsfrei durch staatliche Umverteilung sichergestellt werden.

Was die öffentliche Sicherheit angeht, so bin ich der Auffassung, dass es etwa zur Bekämpfung von Kriminalität, insbesondere der organisierten Kriminalität noch mehr Anstrengungen des Staates in die Richtung geben muss, dass es überstaatliche und internationale Kooperationen gibt, die die Effektivität und Effizienz der Verbrechensbekämpfung erhöhen. Auch die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Sicherheitsorganen kann ausgeweitet werden, insbesondere zur Verhinderung von Terrorismus.

Was gerade die Punkte der Effizienz und Effektivität angeht, so sollte der Staat dafür Sorge tragen, dass die Verwaltung so bürgernah wie möglich ist und dass Verwaltungsabläufe so einfach und kosteneffizient wie möglich gestaltet werden. Auch die Umstellung auf elektronischen Datenverkehr zwischen Bürger und Verwaltung ist eine sinnvolle Sache. Auf diese Weise kann die Leistung der

Verwaltung und der Justiz gesteigert werden, ohne dass mehr Personal notwendig wird. Dabei besteht gerade im Justizsystem enormer Personalbedarf. Vielfach sind die Verfahrensdauern viel zu lang und dies hat enorm negative Auswirkungen auf den Rechtsfrieden. Deshalb ist es notwendig, personelle Ressourcen und finanzielle Mittel in das Justizsystem zu investieren. Auf diese Weise kann Sicherheit, Gerechtigkeit und solidarischer Miteinander besser organisiert werden, weil eine bürgernahe Exekutive und eine funktionierende Judikative die Grundlage dafür legen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger ihr soziales Engagement überhaupt ausführen können.

Besonders am Herzen liegen mir persönlich die europäische Perspektive des bürgerschaftlichen Engagements, die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Globalisierung und ihre Mithilfe bei der Integration von Zuwanderern. Migration sollte nicht ungeplant und ungesteuert stattfinden. Damit Menschen in unserem Land friedlich zusammenleben können, braucht es den Willen zur Integration von beiden Seiten, von den Zuwanderern und von der Mehrheitsgesellschaft. Zuwanderer müssen den Willen mitbringen, sich in unser gesellschaftliches Wertesystem einzubinden und kulturelle Vielfalt, Toleranz und Menschenwürde ebenfalls zu akzeptieren. Die Mehrheitsgesellschaft sollte Zuwanderern die strukturellen Voraussetzungen dafür zur Verfügung stellen und dafür sorgen, dass Toleranz und Mitmenschlichkeit vorgelebt werden und soziale Inklusion durch die staatlichen Institutionen unter objektiven Kriterien möglich wird. So ist etwa die Voraussetzung für die Integration von Zuwanderern durch organisierte Sprachkurse und durch Bildungsangebote zu schaffen. Gleichzeitig ist es aber die Aufgabe des bürgerschaftlichen Engagements, etwa in Vereinen, in Religionsgemeinschaften, in den Medien, im organisierten Sport und in ökonomischen Institutionen die reale Integration von Zuwanderern zu fördern. Dies setzt auch ein hohes Maß an Sensibilität bei den handelnden Akteuren voraus.

Chancengleichheit ist nicht nur in Bezug auf Zuwanderer ein wichtiges Schlagwort. Jeder Mensch muss unabhängig von der sozialen Herkunft die Chance auf gleiche Teilhabe an gesellschaftlichem Fortschritt und auf die Umsetzung seiner Lebensziele haben. In der globalisierten und digitalisierten Welt ist dafür ein einfacher und günstiger Zugang zu Bildung eine der wichtigsten Voraussetzungen. Damit Menschen sich frei entfalten und sozial handeln können, sollte der Staat deshalb noch mehr als bisher die Infrastruktur für Bildungsinstitutionen ausweiten und auch dafür noch mehr Personal zur Verfügung stellen. Es könnte etwa steuerlich belohnt werden, sich weiterzubilden oder akademische Grade zu erwerben. Nur wenn unsere Bürgerinnen und Bürger einen hohen Bildungsstandard haben, können sie überhaupt noch am Arbeitsmarkt teilnehmen. Deshalb gibt es auch einen individuellen Anspruch der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat, ihm die Teilhabe auf Bildung in noch höherem Maße als bisher zu garantieren. Der Bürger hat ebenfalls den Anspruch gegenüber dem Staat, dass die Qualität der Lehre an jedem Ort gesichert ist. In erster Linie ist da ein stark ausgebautes Netz an Kindertageseinrichtungen notwendig, wobei bereits in jungen Lebensjahren die Kinder bestmöglich intellektuell gefördert werden. Dabei ist es meines Erachtens besonders wichtig ein gesellschaftliches Klima zu erzeugen, das junge Eltern ermutigt, selbstverständlich ihre Babys und Kleinkinder durch professionalisiertes Fachpersonal in einer Kinderkrippe betreuen zu lassen. Ich denke, dass gerade im Bereich der 0- bis 6-jährigen Kinder der größte Bedarf besteht, in der Bildungspolitik zu handeln und mutige Schritte zu gehen. Bereits in der frühkindlichen Bildung benötigen wir pädagogisches Fachpersonal mit Hochschulabschluss, die in der Lage sind, bereits im Kindergarten sprachliche Kompetenzen zu vermitteln. Die Qualität der Kindertagesstätten muss verbessert werden und wir brauchen auch neue Einrichtungen und Gebäude insbesondere für Kinder zwischen 0 und 3 Jahren. Dazu benötigt es mehr Personal, das spezifisch für die Arbeit mit Kindern in diesen Altersgruppen geschult wird. Der Fachkräftemangel für diesen Zweck ist offenkundig. Daneben muss gleich auch die Kompetenz vermittelt werden, ab dem Kleinkindalter bereits inklusiv zu arbeiten und ein inklusives Schulsystem von vornherein bereits aufzubauen und die Werte des lebenslangen Lernens zu vermitteln

und zu praktizieren. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union garantiert die akademische Freiheit als Individualrecht. Darauf aufbauend sollte meiner Ansicht nach dafür gesorgt werden, dass Kinder frühzeitig zur Mehrsprachigkeit geschult werden und das Bildungssystem sollte insgesamt europäischer und auch internationaler werden.

Was die Chancengleichheit betrifft denke ich, dass gerade auch auf dem Arbeitsmarkt sich zeigt, dass Fleiß und Engagement sich finanziell nicht ausreichend auszahlen. Zwar wird durch Sozialtransfers ein Bereich für die Kreativwirtschaft und für Forschung geschaffen, aber generell ist nicht nur für Menschen mit niedrigem Bildungsniveau, sondern auch für Akademiker wenig Möglichkeit, von den Früchten der eigenen Arbeit seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Zielgerichtet orientiert am Bedarf des Marktes auszubilden ist zwar grundsätzlich nicht falsch, allerdings ist gerade für Forschung und die Kreativwirtschaft keine passgenaue Ausbildung möglich, da beispielsweise Spitzenforschung davon lebt, dass sie frei und ohne den Einfluss von Lobbyisten organisiert werden kann und es eine Tatsache ist, dass Gewinne, Kostenvorteile und Profitsteigerungen auf der Grundlage von Forschungsergebnissen erst dann erwirtschaftet werden können, wenn die Forschung nicht nur abgeschlossen ist, sondern auch bereits im Wirtschaftsleben implementiert wurde. Der Arbeitsmarkt der Zukunft wird vollständig entkoppelt sein von Vertragsarbeitsverhältnissen auf Basis von Stundenlöhnen, weil in der Industrieproduktion noch mehr Arbeitsplätze nicht mehr vorhanden sein müssen, da auf automatisierte Produktion umgestellt werden muss. Das heißt aber auch, dass es im Grunde jetzt schon für Akademiker wie für Niedrigqualifizierte keine Einstiegschancen mehr am Arbeitsmarkt gibt und bedingungslose Sozialtransfers eine zwingende Voraussetzung dafür sind, um Forschung überhaupt frei betreiben zu können. Fachkräften aus dem Ausland muss genau dies auch mitgeteilt werden, genauso wie der einheimischen Bevölkerung. Deshalb ist es für eine innovative und kreative Gesellschaft unabdingbar, dass allen Menschen soziale Sicherheit bedingungslos gewährt wird. Insbesondere für die jüngere Generation muss daher die Alterssicherung auf eine neue Grundlage gestellt werden und zukunftsfest gemacht werden. Meiner Auffassung nach sollte es eine Grundrente geben, die ebenso auf der gleichen Höhe wie die Sozialtransfers angesiedelt ist. Somit wäre ab dem Eintritt in das arbeitsfähige Alter jeder Mensch mit dem Notwendigsten versorgt. Im Arbeitsleben kann dann durch staatlich unterstützte private Vorsorge gezielt Vermögen für das Alter angespart werden. Dieses Modell wird doch auch bereits mit der Riester-Rente umgesetzt und sollte ausgeweitet werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Finanzierung und Ausgestaltung des Gesundheitssystems. Hier bin ich der Auffassung, dass grundsätzlich jeder Mensch den Anspruch darauf hat, die bestmögliche medizinische Versorgung zu jedem Zeitpunkt zu erhalten, ohne dafür direkt bezahlen zu müssen. Meines Erachtens ergibt sich dieser Anspruch gegenüber dem Staat aus der grundgesetzlich geschützten Menschenwürde und dem Recht auf körperliche Unversehrtheit. Die gesamte Finanzierung des Gesundheitssystems soll über Steuern und Abgaben erfolgen und eben nicht über zusätzliche Gebühren durch den Patienten, so wie das etwa mit Praxisgebühren oder bei Zuzahlungen für Medikamente der Fall ist. Der Staat muss für Ärzte Anreize setzen, sich in Gebieten niederzulassen, in denen eine Unterversorgung vorherrscht. Natürlich ist der Patient nicht entbunden von eigenverantwortlichem Handeln, aber dennoch sollte ein menschenwürdiges Gesundheitssystem zu allererst auf dem Gedanken der Solidarität aufbauen. Wahlfreiheit für den Patienten in Bezug auf die freie Arztwahl, Therapiefreiheit, freie Krankenhauswahl oder freie Wahl der Krankenversicherung muss gewährleistet werden, aber das alles darf eben keinen Unterschied bei der Qualität der Versorgungsleistung machen. Es sollte den Ärzten einfacher gemacht werden, ihre eigentliche Aufgabe wahrzunehmen, die Dienstleistung am Patienten zu erbringen und die Ärzte müssen dazu durch staatliche Infrastrukturmaßnahmen bei bürokratischen und organisatorischen Abläufen unterstützt werden. Es müsste eine Offensive geben für mehr Pflegepersonal und eine drastische Senkung der

Arbeitszeiten in diesem Berufsfeld. Dies gilt ebenso für andere Gesundheitsberufe. Damit muss der Staat auf den demographischen Wandel und die alternde Bevölkerung schleunigst reagieren, denn insgesamt muss man sich auf eine immer noch weiter steigende Lebenserwartung der Menschen einstellen.

Ich denke, dass die offene Bürgergesellschaft solidarisch gestaltet werden muss. Um eine freie und offene Gesellschaft zu gestalten, muss jedem Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden. Gleichzeitig muss auch der Einzelne bereit sein, Verantwortung für andere zu übernehmen und tolerant zu sein. Wie verantwortungsvoll eine Gesellschaft ist, zeigt sich nicht zuletzt daran, wie sie mit Kindern umgeht. Bedauerlicherweise gibt es immer noch sehr viele Kinder, die in Armut leben müssen. Eine verantwortungsvolle Gesellschaft muss dafür Sorge tragen, dass Kinder unabhängig von den Einkommen der Eltern sozial abgesichert sind, ihre Bildungschancen wahrnehmen können und ihre Grundrechte geschützt werden. Deshalb ist es zwingend notwendig, dass das Betreuungsangebot für Kinder und Kleinkinder verbessert wird und es den Eltern leichter gemacht wird, ihre Erziehungsarbeit verantwortungsvoll durchzuführen. Dazu bräuchte es noch mehr Investitionen für Ganztagschulen und Ganztagskindergärten, damit flächendeckend dafür gesorgt wird, dass alle Kinder den gleichen Entwicklungsstand haben und der Staat ihnen die Möglichkeit eröffnet, nach ihrem eigenen Glück zu streben. Gleichzeitig sollte die öffentliche Hand noch mehr als bisher ehrenamtliches Engagement fördern, dass sich in besonderem Maße um die Belange von Kindern und Jugendlichen bemüht. Dies gilt selbstverständlich auch für Projekte, deren Nutznießer etwa Menschen mit Behinderung sind oder die sich gegen Diskriminierung von Randgruppen engagieren. Auch die Integration von Zuwanderern muss besser gefördert werden, damit auch diese Menschen besser an der Gesellschaft teilhaben können. Selbstverständlich darf von Migranten auch der Wille zur aktiven Integration gefordert werden, allerdings sollte auch die Mehrheitsgesellschaft mehr Angebote dafür machen, dass eine zügige Integration möglich wird. Dazu wird auch ein höheres Maß an Toleranz und Integrationsbereitschaft von der Mehrheitsgesellschaft erforderlich sein. Selbstverständlich sind Bildung und Sprache die wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration. Migranten bereichern unser Kulturleben dadurch, dass durch sie ein vielfältiges Angebot geschaffen werden kann. Insgesamt ist ein reichhaltiges Angebot von Kunst und Kultur Ausdruck einer lebendigen Bürgergesellschaft. Durch Kunst und Kultur können die Werte von Toleranz und Mitmenschlichkeit aktiv praktiziert werden. Auch für Innovationen in den Medien und in der Ökonomie ist eine vielfältige und weltoffene Gesellschaft ein enormer Vorteil.

Ich denke, dass ein humanes Miteinander in unserer Gesellschaft nur organisiert werden kann, wenn jedem Individuum auch im Rahmen der allgemeinen Gesetze die Freiheit zur Eigeninitiative und zum selbstständigen Denken ermöglicht wird. Durch die modernen Kommunikationstechnologien ergeben sich eine Reihe von neuen Möglichkeiten, mit anderen zu kommunizieren und Wissen auszutauschen. Es hat sich eine digitale Öffentlichkeit entwickelt, durch die sich neue Chancen ergeben auch für viele andere Teilbereiche der Gesellschaft, insbesondere auch für die Wirtschaft, die Kunst und die Wissenschaft. Durch die technologische Entwicklung und die modernen Kommunikationstechnologien erhält der Prozess der Globalisierung einen weiteren Auftrieb. Zwar ist es grundsätzlich eine gute Sache, dass Menschen sich durch die modernen Kommunikationstechnologien freier entfalten können, allerdings gibt es dadurch auch eine erhöhte Gefahr durch die organisierte Kriminalität und durch den internationalen Terrorismus. Hier muss der Staat auf geschickte Weise Mechanismen und Methoden entwickeln, die einerseits die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger schützen, andererseits aber auch Möglichkeiten eröffnen, Kriminelle und Terroristen das Handwerk zu legen. Auf der einen Seite muss die Freiheit des Individuums geschützt werden, auf der anderen Seite muss Verfassungsfeinden, Gewalttätern und Terroristen das Handwerk gelegt werden. Zum Schutz vor Cyber-Attacken müssen die Sicherheitsorgane des Staates kooperieren dürfen. Angriffe auf öffentliche Einrichtung oder

Unternehmen, auf Privatpersonen und auf unsere Verwaltung oder unser Militär müssen frühzeitig durch eine neue Sicherheitsarchitektur erkannt und abgewehrt werden. Zusätzlich müsste es weitere Anstrengungen der Bürgergesellschaft geben, um gegen extremistische Tendenzen vorzugehen.

Eine tolerante Bürgergesellschaft geht von einem mündigen und aufgeklärten Bürger aus. Damit dies tatsächlich auch so ist, sind Investitionen der öffentlichen Hand in Bildung eine absolute Grundvoraussetzung. Den Bürgern müssen alle Möglichkeiten zur Verfügung gestellt werden, dass sie sich selbst zu mündigen und aufgeklärten Menschen entwickeln. Außerdem muss es bei Waren und Dienstleistungen nachvollziehbare Produktinformationen geben, damit Verbraucher sich selbstbestimmt entscheiden können. Besonders wichtig ist das bei Lebensmitteln, Waren des täglichen Bedarfs und bei bürgernahen Dienstleistungen. Die Arbeit von öffentlichen Behörden muss transparent und nachvollziehbar für den Bürger sein.

Damit die europäische Bürgergesellschaft gestärkt werden kann, muss weiterhin konsequent Werbung für den europäischen Einigungsprozess betrieben werden. Europa ist die intellektuelle und ökonomische Weltmacht. Die kulturellen Werte, Freiheit, Frieden und Wohlstand, sowie die Menschenwürde sind konstituierend für unsere offene Bürgergesellschaft. Damit die Europäische Union für alle Mitgliedstaaten ein Erfolg wird, müssen die Haushalte konsolidiert werden, die Stabilität der Währung sichergestellt werden, eine vertiefte politische Integration verfolgt werden und die Koordination der Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene gebündelt werden. Vertiefte politische Integration zu betreiben meint zu allererst, dass die Charta der Grundrechte und die europäische Menschenrechtskonvention nicht nur die Grundlage für jede Regierung in jeder politischen Ebene der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten darstellt, sondern dass diese Werte bei jedem einzelnen Menschen ankommen und das Handeln der Individuen bestimmen. Durch die Schaffung einer europäischen Identität, einer europäischen Bürgergesellschaft können wir gemeinsam auch die schwierigsten ökonomischen, politischen und sozialen Krisen bewältigen.

Damit der Staat handlungsfähig ist und insbesondere die soziale Sicherheit seiner Bürger gewährleisten kann sind wir alle darauf angewiesen, dass durch einen intelligenten und geschickten Mechanismus genau an der Stelle Steuern erhoben werden, wo dies für das Allgemeinwohl nützlich ist. Oberste Priorität muss für das staatliche Handeln die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sein, damit mit den Steuern noch effizienter umgegangen werden kann. Dazu braucht es an einigen Stellschrauben eben auch höhere Steuern. Steuerpolitik ist ein wichtiges Instrument, damit wir den Sozialstaat finanzieren können und gleichzeitig lenkend in ökonomische Prozesse eingreifen können. Am besten ist Steuerpolitik dann, wenn damit gleichzeitig einerseits sinnvolle ökonomische Impulse verknüpft werden und andererseits gleichzeitig die sozialen Bedürfnisse der Menschen bedient werden können. Meines Erachtens sollte der Staat stärker am Finanzmarkt Steuern und Abgaben erheben, dafür Geringverdiener bei der Lohn- und Einkommensteuer entlasten und gleichzeitig Investitionen in die Realwirtschaft lenken. Auch bei der Einnahme von Steuern sollte es eine Koordinierung auf der europäischen Ebene geben.

Damit Menschen in Freiheit und selbstbestimmt leben können, ist es unerlässlich, dass ihre sozialen Bedürfnisse im Bedarfsfall bedingungslos durch die öffentliche Hand gesichert sind. Dazu gehört nicht nur ein bedingungsloses Grundeinkommen, sondern auch Teilhabe an der Kranken- und Pflegeversicherung. Zugang zu medizinischer Versorgung und gleiche Teilhabe an den technologischen Errungenschaften in der Medizin sind ein Gebot der Fairness. Gleichzeitig muss der Staat das Grundrecht auf soziale Teilhabe für alle Menschen gewährleisten. Gerade bei der medizinischen Versorgung, der Pflege und bei den Arzneimitteln gibt es noch viele wichtige Baustellen, die Politik in dieser Hinsicht zu bearbeiten hat. So könnte etwa beim öffentlichen Wohnungsbau dafür gesorgt werden, dass das Wohnumfeld altersgerecht und behindertengerecht gestaltet wird, es könnten

wesentlich mehr Fachkräfte in der Gesundheitsbranche und in der Pflege qualifiziert werden und es könnte dafür gesorgt werden, dass es noch bessere Kindergärten und Schulen gibt. Strukturschwache Regionen, in denen das Niveau an öffentlicher Daseinsvorsorge geringer ist, muss durch einen geschickten bundespolitischen oder europapolitischen Ausgleich geholfen werden.

Bürgerschaftliches Engagement ist insbesondere auch in der Umweltpolitik gefragt. Es gibt kaum einen Politikbereich, für den so viel Fachwissen erforderlich ist, um sinnvolle Fortschritte zu bewirken. Damit wir dem Klimawandel mit politischen Entscheidungen entgegenwirken können, muss es konkrete und wissenschaftlich fundierte Vorschläge geben. Etwa um Maßnahmen für die Luftreinhaltung, für saubere Gewässer, für die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung von Ökosystemen oder für die Wald- und Forstwirtschaft zu ergreifen, kommen politische Akteure nicht ohne die Kooperation oder den Schulterschluss mit der Wissenschaft herum. Tatsächlich gibt es auch in der Forschung eine Reihe von validen Konzepten, deren Anwendung zumindest mittelfristig möglich wäre. In der Verbraucherschutzpolitik ist es dringend erforderlich, neue Gesetze zu erlassen, damit die Verbraucher noch besser über Produkte informiert werden und Konsumententscheidungen mit ausreichend Informationen fällen können. Der Zugang zu Informationen ist auch für die Teilhabe an der Demokratie und für die Kommunikation zwischen Bürgern und der öffentlichen Verwaltung notwendig. Hier wäre es sinnvoll, die neuen Technologien, die neuen Kommunikationsmöglichkeiten auch für Verwaltungsakte zu ermöglichen, wo immer dies sinnvoll möglich ist.

Letztlich muss in unserer modernen Gesellschaft bürgerschaftliches Engagement zwingend auch immer eine europäische und sogar eine weltpolitische Perspektive beinhalten. Die Europäische Union ist für die Bürger in ihren Mitgliedsländern das Instrument, um wirksam auf sie betreffende Krisen und Entwicklungen in der Weltpolitik Einfluss zu nehmen. Das europäische Gesellschaftsmodell ist weltweit einzigartig, sorgt für eine enorme politische und ökonomische Prosperität und Stabilität, stellt Frieden und Sicherheit her und ist in Fragen der Meinungsfreiheit, der Wissenschaftsfreiheit und auch sonst bei der Freiheit des Individuums historisch einzigartig. Europäische Mechanismen zur Stabilisierung und Steuerung der Marktwirtschaft haben sich als mittelfristig und langfristig wirksam erwiesen. Die Stabilisierung der sozialen Marktwirtschaft durch politische Entscheidungen sorgt für steigenden Wohlstand und liefert die Grundlage für sozialstaatliches Handeln. Dabei macht die Europäische Union zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und sozialen Bewegungen das Angebot, bei der Gestaltung der Globalisierung und bei der Herstellung von Frieden und Wohlstand weltweit mitzuarbeiten. Meines Erachtens muss es innerhalb der Europäischen Union noch mehr Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen geben. Gefahren durch totalitäre Ideologien oder durch Regierungen von Staaten, die die Menschenwürde mit Füßen treten, können wir nur durch mehr Kooperation innerhalb Europas wirksam entgegentreten. Europa ist die Friedensmacht, die neue Weltmacht, deren Ziel es ist, überall auf der Welt der Menschenwürde Geltung zu verschaffen, für Freiheit und Frieden zu sorgen und jedem Menschen die soziale Teilhabe an der Weltgesellschaft zu ermöglichen. Damit in diesem Sinne noch mehr Anstrengungen unternommen werden können, müssen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union noch mehr ihre Pflichten gegenüber der Gemeinschaft erfüllen. Europa ist desto eher und stärker ein wirksamer Faktor der Weltpolitik, desto mehr jeder Mensch in einem Mitgliedstaat, letztlich jeder politische Akteur innerhalb irgendeiner Ebene des politischen Systems der Europäischen Union das Ziel der Europäischen Einigung und die Werte der Charta der Grundrechte aktiv in die Tat umsetzt.